

# Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes  
christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Redaktion: H. Heutmann in Düsseldorf 51,  
Corneliusstr. 66. Berichte, keine Beiträge u. sind  
zuerst an den betr. Bezirksvorsitzenden einzuliefern.  
Sämtliche Beiträge müssen bis Montag abends bei  
der Redaktion in Düsseldorf eingegangen sein.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden  
Samstag und kostet vierteljährlich durch die Post  
bezogen 3.— MZ. Expedition und Druck von  
Joh. van Nieuw in Krefeld, Westf. Marktstraße 66.  
Verantwortl. Schriftf. v. H. 1548. B. B. B. B. B.

Nr. 21. Telegramm-Adr.: Textilverband Düsseldorf. Düsseldorf, den 28. Mai 1910. Fernsprech-Nummer 3423. 19. Jahrgang.

## Inhaltsverzeichnis.

Bekanntmachung. — Artikel: Arbeiterinnenverein  
und Gewerkschaften. — Christliche Textilarbeiter und  
Oberer Arbeitsrat in Italien. — „Textilarbeiter“ und  
Frauenrat. — Feuilleton: Strauß über fehlerreiches  
Wehen auf Doppelschalen. — Aus dem Verhandlungs-  
gebiete: Berichte aus den Ortsgruppen: Augsburg. —  
Brand. — Freiburg. — M. Gladbach. — Krefeld.  
— Aus unserer Industrie: Preisrückgang für Samt-  
bänder. — Lage und Aussichten im deutschen Wollen-  
gewerbe. — Gewerkschaftliches: Aus unserer Ver-  
bände: Christliche Gewerkschaften und Tagespresse. —  
Uneheliche Segner. — Aus gegnerischen Organi-  
sationen: „Berliner“ Treubruch im Bauarbeiterkampfe.  
— Ein Gegenstück zu Bahlsch-Weinseiden. — Hirsch-  
Dunderfische Gewerkschaftstatistik. — Was ist Streitarbeit?  
— Allgemeine Rundschau: Allgemeines: Arbeiter  
als Hilfsbeamte der Fabrikinspektoren. — Scheitern einer  
freiwilligen gemeinnützigen Arbeitslosenversicherung in  
Augsburg. — Schwindelkrankenkassen. — Briefkasten. —  
Versammlungskalender. — Anzeigen. — Sterbefälle.

## Bekanntmachung.

Auf Grund des § 23 des Statuts und gemäß  
einem Beschlusse der Augsburger Generalversammlung  
beruft der Zentralvorstand die diesjährige

ordentliche Verbands-Generalversammlung  
des Verbandes auf den 11. September cr. und  
folgende Tage nach

### Aachen

ein.  
Anträge zur Generalversammlung — durch  
Generalversammlungen der Ortsgruppen gestellt (§ 28)  
— müssen spätestens bis zum 30. Juli cr.  
beim Zentralvorstand eingegangen sein.

Die Delegiertenwahlen (§§ 21—22) sollen im  
Monat Juli stattfinden. Das vom Zentralvorstand  
auszuarbeitende Wahlregulativ und das Ver-  
zeichnis der Wahlbezirke werden demnächst  
veröffentlicht.

Die ordentlichen Bezirkskonferenzen  
(§ 40) sollen erst nach der Generalversammlung  
stattfinden. Die Einberufung außerordentlicher  
Distrikts- und Spezialfachkonferenzen muß indessen  
vorbehalten bleiben.

Düsseldorf, den 21. Mai 1910.

Mit kollegialem Gruß!

Der Zentralvorstand.

J. A. C. M. Schiffer, Vorsitzender.

## Arbeiterinnenvereine und Gewerkschaften.

(Schluß.)

### Bedenken und Schwierigkeiten.

Für die Arbeiterinnenvereine besteht  
schließlich die Möglichkeit, durch die Gewerkschaften  
Mitglieder zu gewinnen, an die sie  
direkt nur sehr schwer, vielleicht gar nicht heran-  
kommen können. Wir denken da an viele Arbeiterinnen  
der Großstädte und Industriebezirke. Wer will be-  
streiten, daß zumal hier das ganze Leben und  
Treiben auf Verachtung und Abstumpfung nach der  
ideellen Seite hin eingestellt ist? Wir haben an  
dieser Stelle nicht Ursache und Wirkung gegeneinander  
abzumessen. Es genügt, die Tatsache zu konstatieren,  
über die alle Einsichtigen mit vollem Recht klagen.  
Da müßte es mit Wunderdingen zugehen, wenn nicht  
auch die heranwachsende weibliche Arbeiterjugend,  
ja gerade sie, mit in den Strudel hineingerissen  
würde. Und in der Tat: Auch bei ihr finden wir  
bereits, gewiß nicht überall, jedenfalls nicht überall  
in gleichem Maße, ein merkliches Zurückweichen rein  
idealistischer Triebe; auch hier beginnt sich leise  
die abertreibende Bewertung materieller Kulturgüter  
durchzusetzen. Die geistige Disposition, die da an  
Boden gewinnt, treibt wahrlich nicht zum Arbeiter-  
innenverein, wohl aber kann sie zur Gewerkschaft  
führen, dann die verspricht ja — der gewerkschaft-  
liche Reiz liegt in der Regel nur das in ihr  
— Verbesserung der äußeren Verhältnisse (höherer  
Lohn, mehr freie Zeit usw.). Gewiß ist der Beitritt  
zu unseren gewerkschaftlichen Organisationen lediglich  
aus solchen Gesichtspunkten heraus nicht das Ideal  
und er findet in Wesen und Zweck der christlichen  
Gewerkschaften zumal keine Stütze; indes, es gibt  
nun einmal deren genug, die auf dem Wege zur  
Gewerkschaft kommen. Aber indem unsere christlichen  
Gewerkschaften sie in sich aufnehmen, haben sie auch  
schon die Vorbedingungen geschaffen zu ihrer  
ideellen, geistigen Beeinflussung und  
Sinneswandlung. Die Gewerkschaft muß ja in  
oft bei ihren Mitgliedern an die ideellen Kräfte  
appellieren, daß sie gar nicht daran vorbeikommen,  
an ihrer Bedeutung und Pflege nutzbar zu werden.

dann stößt der Kampf der verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen untereinander die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften mit so elementarer Macht auf die tiefsten Zusammenhänge von Gewerkschaftspraxis und Weltanschauungstragen, daß sie ganz von selbst gezwungen werden, solchen Zusammenhängen nachzugehen. Ob man glaubt oder nicht: es hat mancher durch die Gewerkschaft wieder den besseren Menschen in sich entdeckt und die höheren Werte des Lebens wieder schätzen gelernt; durch die Gewerkschaft ist so mancher, der an der Grenze des religiösen Lebens stand, wieder in die Schär der Kämpfer für christliche Ueberzeugung, in seinen konfessionellen Standesverein eingetreten. Sollten nicht auch unsere Arbeiterinnenvereine auf dem Wege über die christlichen Gewerkschaften neuen Mitgliederzuwachs, neue Anziehungskraft und Lebenskraft gewinnen können?

Eine große Schwierigkeit für die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterinnenvereinsmitglieder wird in der Zahlung des doppelten Beitrages gefunden, der zudem bei den Gewerkschaften für Arbeiterinnen zu hoch bemessen sei. Was ist dazu zu sagen? Daß die Arbeiterinnen durchweg geringer entlohnt werden als ihre männlichen Kollegen, selbst bei gleicher Leistung, ist ja recht bedauerlich, jedoch einzuweisen nicht zu ändern. Die Gewerkschaften tragen ja auch diesem Umstande dadurch Rechnung, daß sie entweder Staffelleistungen einführen oder generell für die weiblichen Mitglieder einen niedrigeren Beitrag festsetzen. Ein Opfer mag das Beitragszahlen für die meisten auch dann noch bleiben. Wir sind aber der Meinung, daß Opferbringen eine Sache der Erziehung ist. Die Arbeiterinnenvereinsmitglieder sind zum guten Teile das, was die Vereinsleitung aus ihnen macht. Wird ihnen nun, mehr oder minder deutlich, ständig suggeriert: Es wäre ja ganz gut und schön, wenn ihr den christlichen Gewerkschaften beitreten würdet, aber ihr könnt es kaum, oder ihr könnt es nicht, die Beiträge sind für euch zu hoch, dann setzt sich dieser Gedanke so fest bei ihnen, daß sie sich nicht mehr davon freimachen können. Es ist aber doch klar, daß jene Arbeiterinnen, die nur einen Zuschuß zum Familieneinkommen zu verdienen brauchen — und es sind ihrer viele — bedeutend leichter den Gewerkschaftsbeitrag aufbringen können, als so ein vielgeplagter Mann, der für eine sechs-, sieben- und mehrlöpfige Familie allein den Unterhalt schaffen muß.

Wie, wenn die Vereinsleitungen einmal das Umgekehrte der bislang vielfach geübten Praxis machten, von dem Großen, das in Opferbringen, in der freudigen Hingabe an Andere liegt, reden wollten, von jenen unerklärlichen Kämpfern, die nicht nur ihr Geld, sondern sich selbst einbringen, um der Organisation die Bahn frei zu machen; und daß, obgleich sie voraussehen, daß ihnen selbst der Lohn ihrer Mühe nicht mehr werde, sondern andere erkennen würden, was sie getan; von den Getreuen, die einer erdrückenden Lebermacht standhalten, auf schwer zu haltenden Posten ausharren, aber kein Jota von ihrer Ueberzeugung preisgeben und opferfreudige christliche Gewerkschaftler bleiben allen Anfeindungen und Verhöhnungen zum Trotz. Es könnte unsern Arbeiterinnenvereinsmitgliedern gesagt werden, daß es verhältnismäßig leicht ist, in aufwändigem Mühe einem Armen ein Almosen zu reichen, zumal man da in der Regel des Dankes sicher ist, aber schwerer und gerade darum so viel wertvoller, fortwährend sein Scherzeln zu steuern, das Tausenden, die man nicht kennt und nicht sieht, von denen man nichts weiß und keinen Dank zu erwarten hat, geholfen werde. Da wäre des ferneren Gelegenheit, darauf hinzuweisen, wie häufig und einer christlichen Arbeiterin unwillig es ist, wenn man andere für sich ringen und kämpfen läßt und darauf baut: wenn die anderen etwas erreichen, ist's für mich mit und ich brauche keine Scherereien zu fürchten; oder wenn man nach erzieltem Erfolg der Organisation den Rücken kehrt mit dem Gedanken: ich habe jetzt mein Schäfchen im Trocknen, nun brauche ich die Gewerkschaft nicht mehr, ohne sich zu vergegenwärtigen: Jetzt sind so und so viele andere, die die Gewerkschaft und in ihr dich brauchen; und sie haben ein Recht auf dich, da sie an deinem Erfolg mitgewirkt haben. Wir glauben, daß die Gewerkschaft mit ihrer Erziehung zum Opferbringen, zum Sichvergeben auch sittliche Werte schafft, die in unserer Zeit der Vergnügungs- und Genussucht, unermesslich der weiblichen Jugend, nicht hoch genug zu schätzen werden können.

Das Bedenken wegen der zu vielen oder ungelagerten Versammlungen kann wohl am leichtesten behoben werden. Da bedarf es nur einer gegenseitigen Verständigung, der nicht die geringsten Schwierigkeiten entgegenstellen. Es ist ja für beide Teile möglich, wenn Arbeiterinnenverein und Gewerkschaft zu ein und derselben Zeit tagen. Der Besuch leidet darunter, hier wie dort. Vielleicht ließe es sich sogar einrichten, daß regelmäßig oder wenigstens ab und zu gewerkschaftliche Versammlungen in den Arbeiterinnenvereinen abgehalten würden. Die Leiter der gewerkschaftlichen Organisationen werden u. G. damit um so eher einverstanden sein, als die Vorklage bei vielen Arbeiterinnen für einen Versammlungsbesuch ausschlaggebend ist, das Lokal des Arbeiterinnenvereins aber den meisten wohl zuzugewandt, jedenfalls eher, als ein Wirtschaftstotal.

Natürlich müßten zu diesen Versammlungen die Gewerkschaftsfunktionäre, Ortsbeamte, die Vorstandsmitglieder oder Vertrauensleute der Ortsgruppe, sonstige rednerisch geschulte Kollegen, eventuell Kolle-

ginnen, ein Referat übernehmen. Die Referate können sich systematisch folgen oder können an aktuelle örtliche Erscheinungen anknüpfen, dürfen jedoch nicht zu lang sein. Auch brauchen nicht ausschließlich rein gewerkschaftliche Dinge erörtert werden. Das große Gebiet der Arbeiterversicherung, besonders die Kranken- und Invalidenversicherung, bietet Stoff zu interessanten und gern gehörten Vorträgen in Hülle und Fülle. Bei Gelegenheit der Steuerzeitstellung läßt sich sehr wohl ein Referat über das Steuerzahnen, die Möglichkeiten des Einspruchs gegen unberechtigtes oder zu hohes Hexanziehen zur Steuer erlassen, das immer größte Aufmerksamkeit findet. Und so gibt der Anknüpfungspunkte, die eine vortheilhafte Abwechslung zulassen, noch mehr.

Noch inniger und damit wirksamer ließe sich das Zusammengehen der beiden Organisationen gestalten: durch gemeinsame oder wechselseitig unterstützte Unterrichtskurse, durch gemeinsame Besuchs- und Kommissionen, die die Klagen der Arbeiterinnen hinsichtlich gesundheitsgefährlicher oder störender einwandfreier Zustände in den Fabriken entgegennehmen und Abhilfe veranlassen.

Auf diese Art und Weise gäbe es ein schönes Für- und Miteinanderarbeiten, für beide Teile von Nutzen. Die noch nicht konfessionell organisierten Gewerkschaftlerinnen lernten den Arbeiterinnenverein kennen und damit etwaige Vorurteile am ehesten abstreifen; die Mitglieder der Arbeiterinnenvereine würden mit Bezug auf die Gewerkschaften anderen Sinnes werden.

Aber es lassen sich doch jetzt nicht urplötzlich überall Arbeiterinnenvereine aus der Erde stampfen. Gewiß nicht! Es braucht dessen auch gar nicht. Wir sind der Ansicht, daß nur da ein solcher Verein gegründet werden soll, wo er lebensfähig ist, also an Orten, wo eine größere Anzahl von Arbeiterinnen vorhanden. Andernfalls lasse man die Mädchen ruhig in den Kongregationen; denn auch diese können ein Stück der Aufgabe des Arbeiterinnenvereins übernehmen und zur Durchführung bringen. Jetzt ist es ja schon häufig der Fall, daß sie auch äußerliche Veranstaltungen eingerichtet haben. Da wäre somit bereits eine günstige Gelegenheit zur Besprechung wirtschaftlicher Fragen, zur Beachtung des Standesbewußtseins, zum Einlenken auf die wirtschaftlichen Organisationen. Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg.

Stehen noch unsere Arbeiterinnenzeitleitungen zu erwähen. Ihre Aufklärungsarbeit darf nicht unterdrückt werden. Man erinnere sich der Wertung, die die Frauenzeitung auf sozialdemokratischer Seite findet. Manches Mädchen, das dem Gewerkschaftsblatt keinen Blick schenkt, greift gern zur Arbeiterinnenzeitung, die ihm nicht nur Belehrung, sondern auch Unterhaltung bietet. Und wie oft kann da beides miteinander verbunden werden. Das Ideal wäre ja das Obligatorium für die Arbeiterinnenvereine, wie die meisten Arbeitervereine es haben. Vielleicht ließe es sich bei Neugründungen mit geringer Mühe einführen. Bei den Kongregationsmitgliedern würde eine Ermunterung zum Abonnement auf eine Standeszeitung seitens der Leitung oft Wunder wirken. Die Schwierigkeiten sind auch hier nicht unüberwindlich.

Wir stehen am Ende unserer Betrachtungen. Zwar sind wir nicht so optimistisch, zu glauben, nun komme alles baldigt ins rechte Geleise. Aber der Hoffnung geben wir uns wohl hin, daß der Gedanke, Arbeiterinnenvereine und Gewerkschaften sind gleich notwendig, können wohl nebeneinander auskommen, können sich sogar gegenseitig stützen und fördern, an Boden gewonnen hat. Und mündigenswert wäre es, daß auf die Artikel sich eine Diskussion anschließt, in der alle, die etwas zur Beleuchtung des Themas, „Arbeiterinnenvereine und Gewerkschaften“, beitragen können, ihre Beobachtungen und Erfahrungen, ihre Wünsche und Vorschläge niederlegen. Und dann vorwärts an die Arbeit! Ein Segen ruht im icheren Werke!

## Christliche Textilarbeiter und Oberer Arbeitsrat in Italien.

Seit mehreren Jahren bereits, man kann sagen: seitdem die nichtsozialistischen Organisationen Italiens sich zu dem Bewußtsein ihrer eigenen Bedeutung und deren gesellshaftlichen Verlehnung durch die öffentlichen Organe durchgerungen, haben dieselben keine Gelegenheit vorübergehen lassen, ohne ihre Zustimmung zu dem „Oberen Arbeitsrat“ mit Nachdruck zu fordern. Der „Oberer Arbeitsrat“ ist eine Schöpfung des Ministeriums Bonardelli vom Jahre 1903 und hat den Zweck, den Vertretern der Arbeitgeber und Arbeiter Gelegenheit zu bieten, alle die verschiedenen und zum Teil recht verwickelten Fragen des Arbeitsverhältnisses zu studieren und auf Grund der Ergebnisse des Studiums der Regierung geeignete Gesetzesmaßnahmen vorzuschlagen. Ueber die günstige Wirksamkeit der Institution besteht in Interessententkreisen keine Meinungsverschiedenheit. Dagegen bot das Gesetz, welches dieselbe ins Leben rief, einen ganz empfindlichen Mangel: die Mitglieder des Arbeitsrats wurden unmittelbar von der Regierung durch königliches Dekret ernannt. Und darum bedarf es für den Kenner italienischer Verhältnisse keines besonderen Hinweises darauf, daß bei der Auswahl der Personen weniger Rücksichten tech-

nischer, als solche politischer Natur den Ausschlag gaben.

Den energischen Bemühungen insbesondere des katholischen Gewerkschaftler, deren Organisation namentlich auf dem Gebiete ländlichen Gewerkschaftswesens alle anderen weit übertrug, gelang es nun, den Gedanken der Notwendigkeit einer Reform in solchem Maße Geltung zu verschaffen, daß sich dem schließlich auch die Regierung auf die Dauer nicht widersetzen konnte. Die Reform aber war so gedacht, daß in Zukunft die Arbeiter ihre Vertreter direkt in den Arbeitsrat entsenden sollten. Dabei es dann selbstverständlich schickswiegende Voraussetzung war, daß diese Vertreter die Arbeiterorganisationen zumindest nicht übergehen dürfe, sondern ihnen ihrer zahlenmäßigen und moralischen Bedeutung gemäß eine Anteilnahme garantieren müsse. Tatsächlich wurde denn auch vor einigen Monaten die inzwischen zu eigenartiger Berühmtheit gelangte Kommission Cabrin-Abbate-Salvini eingesetzt, die eine Neuregelung des Vertretungsmodus vorschlagen sollte. Die Vorschläge wurden in einem Kommissionsbericht zusammengefaßt und u. a. auch der christlichen Textilarbeitergewerkschaft zur Prüfung und Meinungsäußerung vorgelegt.

Die Reform war nach dem Bericht so gedacht, daß der „Oberer Arbeitsrat“ aus 70 Mitgliedern zusammengefaßt sein sollte, welche unmittelbar von den verschiedenen nationalen Organisationen der Arbeiter, Landwirte, Industrielle und Kaufleute zu ernennen wären. Zugleich war dem Bericht eine Tabelle beigelegt, die die Namen derjenigen Organisationen enthielt, welche zur Ernennung von Vertretern berechtigt sein sollten. „Und was glaubt Ihr?“ fragt die jüngste Nummer des Organs des uns befreunden Textilarbeiterverbandes, „aus schließlich sozialistische Organisationen waren in der Tabelle enthalten, selbst in jenen Berufen, wo diese Organisationen nur eine Minderheit von Arbeitern umfassen. Kein Wort von den vielen und starken Organisationen christlicher Richtung, nicht einmal eine Andeutung hinsichtlich unserer Gewerkschaft. Wie das kommt? Ganz einfach: jene, die mit der Ausarbeitung des Entwurfs betraut wurden, waren Sozialisten, die einen Akt engherziger Partei-Eigenbrödelerei selbst da nicht unterlassen konnten, wo es sich nur um die Interessen der Arbeiter handelte.“

Natürlich ließen sich die äußerst regsam christlichen Textilarbeiter eine solche Behandlung nicht gefallen. Prompt wurde ein umfangreicher Bericht ausgearbeitet und nach Rom eingereicht, der an Deutlichkeit und scharfpunktierter Hervorhebung des Standpunktes der Christenheit nichts zu wünschen übrig ließ. Der Bericht umfaßt zwei Teile, deren erster den Kommissionsbericht von theoretischen Gesichtspunkten aus arg zerstückelt. Wenn es, so etwa läßt sich die Beweisführung zusammenfassen, darauf antwortet, die Vertretung der Arbeiter solchen Organisationen zu übertragen, die für eine unparteiliche und nicht von politischen Erwägungen getragene Ausführung der Geschäfte Bürgschaft leisten, dann verdienen zumindest die sozialistischen Organisationen vor den christlichen nicht den Vorrang. Im Gegenteil! Ihnen kann eine politische Vertretung auf Schritt und Tritt nachgewiesen werden. Bei jeder antiklerikalen Demonstration stehen sie im Vordertreffen; ihre selber dienen zu einem erheblichen Teile der Bekämpfung der Religion; sie vernachlässigen die Arbeiterinteressen, um sich bei solchen sinnlosen Aktionen, wie derjenigen für Ferrer oder gegen den Zar zu engagieren. Kurz: sie sind die offenbaren Arbeiterzerpflitterer und haben gerade dadurch die christlichen Arbeiter zusammengefaßt. Soweit insbesondere die Textilarbeitergewerkschaft in Betracht kommt, wird das Segel an dem Inhalte des sozialistischen Textilarbeiterorgans illustriert und an einer auß. Geratenwohl herausgegriffenen Anzahl von Nummern dieses Organs nachgewiesen, daß von 161 Spalten, die den Berufsinteressen gewidmet sein sollten, sich nicht weniger als 33, das sind 20,45 Prozent, mit antireligiöser und antimilitärischer Propaganda befassen.

Der zweite Teil des Berichts weist dann nach, daß auch die sozialistische Textilarbeiterorganisation das allergeringste Recht hat, sich als die Vertretung der Textilarbeiter auszugeben. Sie umfaßt kaum 6000 Organisierte, während die christlichen Organisationen des Gewerbes mehr als 20000 Textilarbeiter in sich vereinigen, wovon allein nahezu 5000 auf die, der christlichen Internationale angehörende Gewerkschaft entfallen. Ueberdies befinden sich letztere Organisationen finanziell — an italienischen Zuständen gemessen — in geradezu glänzenden Verhältnissen, denen gegenüber die Finanzkraft des sozialistischen Verbandes einfach lächerlich ist.

Der Bericht hat in Italien sehr viel Aufsehen erregt. Weil er aber so wichtiges und unüberlegliches Material bot, haben ihn die sozialistischen Kommissionsmitglieder einfach unterdrückt. Mit keinem Wort ist er in der darauffolgenden Kommissionsfassung erwähnt worden! Wohl aber sollte man auf neue eine Resolution, die das Vertretungsrecht der christlichen Organisationen nach wie vor ablehnt.

Natürlich ist damit die Sache nicht abgetan. Die christlichen Organisationen haben sich durch ihre Gesinnung an den auf diesem Gebiete stets hervorragend tätig gewesen, jetzigen Ministerpräsidenten Luzzatti gewandt, der über die Angelegenheit besser als irgend ein anderer orientiert ist, und daß ihm die Zusage erlassen, daß ihren Fortschritten Rechnung getragen werden solle. Ueberdies haben



**Brand.** Am 11. Mai hielt die hiesige Ortsgruppe eine Mitgliederversammlung, die von dem Vorsitzenden, Kollegen Henk, geleitet wurde. Der Kassierer erstattete den Kassierbericht vom ersten Quartal. Es wurde ihm Entlastung erteilt. Sodann erhielt Kollege Korr das Wort zu seinem Vortrag über „Gewerbegerichte“. In klaren und deutlichen Worten sprach der Kollege über Zweck und Nutzen der Gewerbegerichte. Mögen alle wahlberechtigten Kollegen bei der in nächster Zeit in Wochen stattfindenden Gewerbegerichtswahl ihre Pflicht ganz erfüllen und, sobald der Ruf an sie erteilt, vollständig zur Wahlurne schreiten.

Unter Punkt Verschiedenes wurde wieder einmal darauf aufmerksam gemacht, daß bei eintretender Krankheit oder Arbeitslosigkeit diese dem Vorstande sofort gemeldet werden muß.

**Freiburg.** Bekanntlich lehnte der sozialdemokratische Brauereiarbeiterverband es ab, bei der Freiburger Lohnbewegung der Brauereiarbeiter mit dem Verbande christlicher Hilfsarbeiter und dem Bund der Brauereigenossen gemeinsame Sache zu machen. Obwohl der rote Verband offiziell sein wahres Ziel nicht so ohne weiteres offenbarte, blieb es doch nicht verborgen, daß er die Ausschaltung resp. Vernichtung des christlichen Verbandes anstrebte. In schwacher Stunde plauderten Genossen, die es genau wissen mußten, was die Führer planteten, aus, daß die „schwarzen Brüder“ hinausgebracht werden sollten. Schon schwelgten die Genossen in der köhnen Hoffnung, daß der christliche Verband von den Brauereibesitzern keine Antwort befähigt und höchstens den „schwarzen Brüdern“ noch gestattet würde, den Tarif, den die „allwissenden Genossen“ abzuschließen geruht hätten, noch nachträglich gutzuheißen. Doch die Genossen hatten sich gewaltig verrechnet. Als die Brauereibesitzer das Gaukelspiel der Genossen durchschaute und sah, daß sie sich mit dem christlichen Hilfsarbeiterverband und dem Bund der Brauereigenossen einen Tarif ab, der für die Arbeiter wesentliche Vorteile brachte. Im Durchschnitt betrug die Lohnsteigerung 2,50 Mark pro Woche. Die Brauereibesitzer verlangten nun von den sozialdemokratischen Anhängern die Anerkennung des abgehandelten Tarifvertrages. Die sozialdemokratischen Führer gaben dazu ihre Zustimmung nicht. Daraufhin traten die Arbeiter in der Brauereibauhütte ohne Einhaltung der Kündigungsfrist in den Streik. Die Folge dieses Streiks war die Ausschaltung aller derjenigen Arbeiter, die den Vertrag nicht anerkennen wollten. Selbstverständlich wurde nun der Tarif einer sozialdemokratischen Kritik unterzogen und als nicht weitgehend genug bezeichnet. Hätten die Sozialdemokraten den Tarif abgelehnt, so wäre der Abschluß von den Genossen sicher als ein Erfolg bezeichnet worden, den ganz Europa bewundern müßte. In sozialdemokratischer Verleumdung und Lächerung wurde nun in Gemeinschaft mit der sozialdemokratischen Partei und den ihr untergebenen „freien“ Gewerkschaften der Boykott über fünf Brauereien verhängt. In vielen Tausenden von Flugblättern, einer Anzahl Zeitungsartikel und nicht wenigen Versammlungen suchten nun die Genossen ihr zweifelhafte Verhalten zu rechtfertigen. Man sprach von einem Kampfe um das Existenzrecht, der Koalitionsfreiheit usw. Gegen drei Monate dauerte das sozialdemokratische Trauerspiel. Statt des erhofften Sieges und der Niederknüttelung der christlichen Arbeiterkraft endete die Geschichte mit einer jämmerlichen Niederlage der Genossen. Am 4. Mai schrieb die „Freiburger Zeitung“:

„Dem Freiburger Bierboikott wurde gestern Vormittag durch eine abschließende Verhandlung zwischen Arbeitgeber und -nehmern ein seliges Ende bereitet. Der ursprünglich vom Gewerkschaftsrat angeführte Boykott, der für dieses den Grund zu Streik und Boykott war, bleibt bestehen, von den Ausgebehrten (etwa 70) werden 15 wieder eingestellt und von einem weiteren Widerstand gegen die Bierpreissteigerung wird abgesehen. Das Ergebnis des zweimonatlichen Kampfes für die Arbeitnehmer bestätigt durch seine Nichtigkeit unsere von Anfang an gestellte Prognose in dieser Angelegenheit.“

Trotz alledem schrieb mit sozialdemokratischer Unberücksichtigung der sozialdemokratische „Volkstfreund“ in Nr. 102:

„Die Lohnbewegung der Bierbrauer in Freiburg ist beendet. Es sind noch einige Veränderungen an dem Tarif, welche die Brauereibesitzer mit den Christlichen vereinbart haben, vorgenommen worden. Ein Teil der Brauer wird sofort wieder eingestellt. Die anderen werden nach dem Dienstalter und nach Bedarf wieder eingestellt. An die Erringung eines Sieges war unter den gegebenen Verhältnissen nicht zu denken. Eines aber steht heute unabweisbar fest: hätten die beiden Organisationen zusammengearbeitet und gemeinsam gekämpft, so hätte ein besserer Tarif erlangt werden können. Der Bier- und Volksboikott ist aufgehoben.“

Der „Volkstfreund“ hat anscheinend mit dieser Notiz den Zweck verfolgt, die „Genossen“ über den wahren Ausgang der Bewegung zu täuschen und bei ihnen den Glauben zu erwecken, daß für die ausgebehrten Arbeiter doch noch etwas herausgekommen sei. Was sollte sonst die Redewendung: „Es sind noch einige Veränderungen an dem Tarif... vorgenommen worden“ anders bedeuten? Nach anderen eingezogenen Erkundigungen ist an dem Tarif rein gar nichts geändert worden. Ohne weiteres muß die Genossen den Tarif anerkennen. Nur einzig und allein haben die Brauereibesitzer sich bereit erklärt, 15 Arbeiter wieder einzustellen. Am 1. September können nach Bedarf noch einige eingestellt werden, wenn sie noch nirgends anders beschäftigt sind. Tagesgenossen muß die Genossenschaft verpflichtet, von „nein“ weiteren Widerstande gegen die Bierpreissteigerung abzuweichen. Würde konnte die Blamage für die Genossen nicht sein und dürften dieselben eingesehen haben, daß man mit der christlichen Gewerkschaftsbewegung rechnen muß. Ausgeschlossen ist bei dieser Bewegung bewiesen, daß die Sozialdemokratie vor dem größten Arbeitererrat nicht zurückweicht. Interessant ist jedoch das Geständnis im „Volkstfreund“, daß zum besseren Tarif hätte gekämpft werden können, wenn die beiden Organisationen zusammengearbeitet und gekämpft hätten. Das wollten aber die Genossen in Freiburg nicht. Denn bei ihnen handelte es sich ja in erster Linie nicht um Verbesserungen für die Arbeiter, sondern um Einführung der sozialdemokratischen Gewalt Herrschaft. Die christlichen Arbeiter sollten zu Kreuz kriechen. Der sozialdemokratische Bezirksleiter Harzeneder-Straßburg hat jedenfalls geglaubt, es gehe in Freiburg auch so leicht wie in Mannheim, wo er tüchtig zulaufte, wie bei der Lohnbewegung keine Genossen einen Beschluß faßten, nach welchem der Bezirksleiter des christlichen Verbandes eine Betriebsversammlung verlassen mußte.

Die christlichen Arbeiter werden aus diesen Kämpfen sicher die notwendigen Lehren ziehen. Ihnen sollte das Mitbestimmungsrecht freitig gemacht werden. Die Genossen wollten diktieren und die christlichen Arbeiter sollten sich den sozialdemokratischen Machtgeheiß unterwerfen. Selbst doch das sozialdemokratische Ziel überhaupt dahin, daß nur derjenige noch Arbeit erhalten soll, der rot organisiert ist. Das Schicksal der Arbeiter in Baden liefert ein bestes Beispiel. Deshalb ist es an der Zeit, die Kräfte zu sammeln, die Reihen möglichst eng zu schließen. Auf diese Weise wird es auch in der Zukunft möglich sein, allen Kämpfern wirksam zu begegnen und weitere Erfolge zu erringen. Auf deshalb zu erster und harter Arbeit!

**M. Gladbach.** Selten sind die Arbeiter der Firma Gladbacher Wollindustrie sovielmal so Jost in eine solche Erregung versetzt worden, wie es kürzlich der Fall war. Durch Anschlag wurde den Arbeitern bekannt gegeben, daß die Kaffeepausen weggelassen sollten. Dieser Verdruss habe der Arbeiter aus sich selbst keine Zustimmung gegeben. Die Arbeitszeit wurde entsprechend verkürzt. Wenn man nun in Erwägung zieht, daß diese Pausen seit Bestehen des Unternehmens üblich waren, auch in allen anderen Betrieben der Branche vorhanden sind, so wird man erkennen, daß die Abschaffung derselben eine Frage von besonderer Bedeutung darstellt.

Es war, weil sie in langjährige Gewohnheiten der Arbeiter eingriff, schwerwiegend. Diese Bedeutung scheint der Arbeiterauschuss ihr aber nicht beigelegt zu haben, denn er gab kein Gutachten ab, ohne die Arbeiter vorher darüber zu befragen. Das Letztere ist es nun, was die Arbeiter noch mit am meisten erregt. Auch sind es Personen des Ausschusses, von denen man ein solches Borgehen nicht erwartet hätte. Befanden sich doch solche darunter, die über die Tätigkeit ihrer Vorgänger nur zu kritisieren wußten. Die früheren Ausschussmitglieder waren „Christliche“, daher war es ja selbstverständlich, daß sie nichts Gutes schafften konnten, wenigstens nicht in den Augen eines Genossen. Nun die Genossen aber selbst mit am arbeiten sind, zeigen sie, was sie können. Dieses können gefällt den Arbeitern aber keineswegs. Sie sind empört über dieses Borgehen.

Manchem Arbeiter ist dadurch eine deutliche Lehre zu teil geworden. Hoffentlich werden diese aus dem Vorfall ihre Konsequenzen ziehen, und nicht mehr so vertäuschelt die Genossen gegenüber handeln. Für die Welt solcher Leute und auch für deren Zaten sind sie mit verantwortlich. Wenn es aber wahr sein sollte, daß die sozialdemokratischen Ausschussmitglieder die Arbeiter haben lassen: „Wir treten für die Christlichen nicht ein“, so haben die christlichen Genossen ihren Lohn dafür erhalten, daß sie bei der Wahl so prinzipienlos gehandelt haben. Rehnliche Erfahrungen sind an anderen Stellen schon häufig gemacht worden, geschweige denn dem Territorium, das man von dieser Seite christlich Organisierten gegenüber ausgeht hat. Nur dort, wo wir uns Achtung verschaffen, erkennt man uns an, warum sollen wir den Genossen gegenüber anders handeln? Etwa um uns Schritte berechnen zu lassen! Dazu haben wir doch gar keine Veranlassung. Wenn jeder seine Pflicht tut und auf seinem Posten steht, werden in unseren Reihen genügend Personen zu finden sein, die es mit der Weisheit der Genossen aufnehmen können. Dies hat die Bergangenheit bewiesen. Andererseits ist aber auch erforderlich, daß unsere Kollegen Vertrauen entgegengebracht wird. Dem Mitarbeiter, das seitens der Genossen ausgeübt wird, muß entschieden entgegen getreten werden. Weisheit dieses, so wird sich auch wieder ein kollegiales Verhältnis in dem Betriebe einstellen, und neue Lust zu weiterem Arbeiten und Schaffen entstehen.

**Krefeld.** Am 1. Mai tagte die vierteljährliche Generalversammlung unserer Ortsgruppe. Nach Eröffnung durch den Kollegen W. Buch erstattete der Kassierer den Quartalsbericht. Nach kurzer Besprechung desselben, und nachdem die Revisoren alles in bester Ordnung befunden zu haben erklärt hatten, wurde dem Kassierer Entlastung erteilt.

Es folgte dann der in der vorigen Generalversammlung der vorgeschrittenen Zeit halber vertagte Jahresbericht von 1909. Es wurde zu weit führen, auf den Bericht näher einzugehen. Einige Hauptpunkte seien nur erwähnt. Das Jahr 1909 bezeichnete fast durchweg für Krefeld einen schlechten Geschäftsgang, wenn auch am Schluß des Jahres eine Besserung eingetreten ist. Die Agitation war infolgedessen sehr schwierig. Auch wirkten die zur Durchführung gebrachten Reformen ungenügend auf die Agitation ein. Ferner war eine wichtige Steuerfrage von sozialdemokratischer Seite zu überwinden. Trotz aller Widerwärtigkeiten behauptete Krefeld so ziemlich seine Position. Die schlechte Zeit suchten die Arbeitgeber verschiedentlich auszunutzen, um Verschlechterungen für die Arbeiter herbeizuführen. Soweit die Arbeiter genügend organisiert waren, wurden die Versuche abgewehrt. Ende 1909 konnten die Führer infolge der gebesserten Konjunktur eine Lohnbewegung initiieren, die mit einem Erfolge endete. Die Stoffweber mußten in Ermangelung einer ausreichenden Organisation viele Unbillen über sich ergehen lassen. Im allgemeinen sei auch im Jahre 1909 der Beweis erbracht worden, daß die Organisation auch in der schlechten Konjunktur erfolgreich für die Arbeiterkraft sich zu betätigen vermöge.

In der anschließenden Diskussion wurden manche interessante Erfahrungen ausgetauscht. Insbesondere nahm die Jugendfrage einen breiten Raum in der Besprechung ein.

Die Wahl der Kartellbelegierten aktivierte folgendes Resultat: E. Kolden, Ed. van Kempen, Carl Esser, Franz Riß, Carl Wied, Peter Krülls, Joh. Willenbrand und Gerd Nießen.

Ein Kollege vom Bauarbeiterverband berichtete dann über den Stand der Bauarbeiter-Dispersion. Er zeichnete die Hauptdifferenzpunkte und schilderte das brutale Vorgehen der Unternehmer in drastischer Weise. Er gab zum Schluß der Hoffnung Ausdruck, daß der Schlag der Unternehmer an der Weltanschauung und der Solidarität der gesamten Arbeiterkraft abprallen möge, er erwartete auch von den Textilarbeitern, daß sie ihrer Brüder nicht vergessen würden.

In einer von der Versammlung einstimmig angenommenen Resolution wird den Bauarbeitern die größtmögliche Unterstützung zugesagt.

Um 1 1/2 Uhr schloß Kollege Buch mit einem begeisterten Schlußwort die Versammlung.

### Aus unserer Industrie.

#### Preiserhöhung für Samtbänder.

Die Vereinigung deutscher Samtbandsfabrikanten beschloß in ihrer letzten Generalversammlung eine Erhöhung der Preise sämtlicher Samtbandsqualitäten, die auf die verschiedenen Artikel 5 bis 12 pSt. beträgt.

#### Lage und Aussichten im deutschen Wollengewerbe.

Ein sachmännischer Mitarbeiter der Kölnischen Volkszeitung schreibt:

Wenn auch in der Lage des deutschen Wollengewerbes, sowohl in der Spinnerei, als auch in der Weberei, wie auch im Handel mit Rohwolle und wollenen Lumpen, seit einiger Zeit eine, allerdings geringe Abchwängung, die aber mit dem bevorstehenden Schluß der Geschäftszeit für Sommerstoffe zusammenhängt, nicht zu verkennen ist, so ist sie im großen und ganzen doch durchaus zufriedenstellend. Freilich muß andererseits wieder zugegeben werden, daß die außerordentlich hohen Rohwollpreise erschwerend auf das Geschäft einwirken, zumal da größere Unternehmungen in Spinne- und Weberei, wie auch in in- und ausländischen Wollen bei den heutigen Preisen ein gewisses Wagnis in sich schließen. Wenn auch die Haltung der Wollmärkte im allgemeinen noch als fest bezeichnet werden kann, so ist die Lage doch unfröhlicher; dieser Umstand trägt dazu bei, die Verbrauch zur Zurückhaltung von jeder größeren Unternehmung zu veranlassen und erst die weitere Entwicklung des Gesamtgeschäfts abzuwarten.

Unter dem Einfluß der flotten Beschäftigung der in- und ausländischen Spinner konnte sich der Handel mit deutscher und Kolonialwolle in günstiger Weise weiter entwickeln; jedoch deuten manche Anzeichen darauf hin, daß der höchste Stand der Wollpreise nun doch erreicht ist und auch mäßiger Rückgang für die nächste Sommer-Versteigerung nicht ausgeschlossen erscheint. Immerhin ist bei der glänzenden Lage der Kammgarnspinnerei die Behauptung des jetzigen Preisstandes keineswegs aus-

geschlossen, umso mehr, als anscheinend die Richtung der Wollpreise noch weiterhin die aus Schafwolle hergestellten Gewebe bevorzugen wird.

Das Geschäft in geringeren und mittleren Lumpen nahm nach wie vor schmerzhaften Verlauf, da die Kunstwollfabriken nicht ausreichend beschäftigt sind, und deshalb auch von größeren Einteilungen in Lumpen ganz absehen. Hochwertige Lumpenforten sind dagegen bei den hohen Wollpreisen sehr gesucht und folgen in der Preisbildung dem Gange der Wollmärkte.

Die Ungunst der Richtung der Wollpreise steht nach wie vor der Gründung der Lage der Wollgarn- und Streichgarn-Spinnerei entgegen; wenn auch infolge der hohen Preise für Cheviot- und Kammgarn der Verbrauch von Kunstwollgarnen wesentliche Zunahme erfahren hat, so ist diese doch nicht genügend; das Angebot übersteigt infolgedessen bei weitem die Nachfrage, und die Folgen sind gedrückte und unlohnende Preise. Dieser Geschäftszweig neigt der damit eng verwandten Herstellung von Kunstwolle sind wohl die einzigen Zweige des ausgebehrten Wollengewerbes, denen es an genügender Beschäftigung mangelt, und die infolgedessen auf gewinnbringendes Arbeiten verzichten müssen.

Die Kammgarn- und Cheviot-Spinnerei arbeitet nach wie vor unter sehr günstigen Preis- und Absatzverhältnissen, und alle Anzeichen weisen auf darauf hin, daß die flotte Beschäftigung auch noch von längerer Dauer sein wird, um so mehr, als schon jetzt die meisten Betriebe bis zum Monat September mit ihrer Erzeugung unter Abschluß stehen. Die Garnpreise haben sich infolge der starken Nachfrage völlig dem heutigen Preisstande der Rohstoffe anpassen können und stehen auf einem Stand, welcher den Spinnern für manche Garnforten geradezu glänzenden Gewinn abwirft. Dazu kommen noch die großen Gewinne aus den billigen Einkäufen von Rohstoff, da die meisten Spinnereien über bedeutende Vorräte an Wolle aus früherer Zeit noch verfügen.

In der deutschen Wollweberei hat der Verlauf der Frühjahr- und Sommergeschäftszeit allgemein befriedigt; Nachbestellungen aus Sommerware gehen noch reichlich ein, so daß kaum irgendwo nennenswerte Bestände unverkauft bleiben werden. In der jetzigen Uebergangszeit zwischen Sommer- und Wintergeschäftszeit läßt die Beschäftigung freilich stets etwas nach, da der Verkauf von Sommerstoffen beendet und der von Winterwaren noch nicht recht begonnen hat. Der Verkauf von letzteren hat sich aber günstig entwickelt, und zweifellos wird es auch fernerhin den Betrieben nicht an genügender Beschäftigung fehlen, vorausgesetzt, daß die Wollpreise fest bleiben und besonders von stärkerem Preisrückgang verschont bleiben.“

### Gewerkschaftliches.

#### Aus unseren Verbänden.

**Christliche Gewerkschaften und Tagespresse.** Die Stellung der politischen Tagespresse gegenüber der Arbeiterinteressenvertretung ist naturgemäß eine schwierigere als die der sozialdemokratischen Presse oder der einseitigen Arbeiterpresse. Die Tagespresse muß den verschiedenen Interessen Rechnung tragen und möglichst beidseitig sein, ausgleichend zu wirken. Da die lokalen Verhältnisse oft sehr verschieden sind, so lassen sich bestimmte Grundregeln hierfür nur schwer aufstellen. Auf alle Fälle muß der christlichen Arbeiterbewegung volle Gleichberechtigung gegenüber den anderen Ständen zuteil werden. Im allgemeinen sieht die christliche Arbeiterkraft es als notwendig an, daß die uns betreffende Tagespresse in folgender Richtung arbeitet bezw. für sie gearbeitet wird.

1. Verteidigung der grundsätzlichen Stellung der christlichen Gewerkschaften, sowohl gegenüber den Angriffen der Sozialdemokratie als gegen die Unternehmungen aus einem anderen oder aus dem eigenen Lager. Es ist notwendig, daß die positive Verteidigung der grundsätzlichen Stellung der christlichen Gewerkschaften mehr als bisher erfolgt. Unklare Artikel über die Notwendigkeit und den Zweck der christlichen Gewerkschaften müßten von Zeit zu Zeit je nach den Verhältnissen erscheinen.

2. Notwendig erscheint ferner eine fortgesetzte Propaganda für die Ausbreitung der christlichen Gewerkschaften, insbesondere jetzt bei Beginn einer besseren Wirtschaftskonjunktur. Ueber die Art dieser Propaganda muß den Redaktionen freie Hand gelassen werden, da dieselben sich richten müssen nach den jeweiligen Anforderungen, welche an die Tagespresse gestellt werden.

3. Bei Differenzen zwischen Arbeitern und Arbeitgebern ist eine sachliche gerechte Behandlung der Streitfrage erforderlich. Da es der politischen Tagespresse in solchen Fällen oft sehr schwer ist, Recht und Unrecht von einander zu entscheiden oder für oder gegen eine Partei Stellung zu nehmen, so ist eine enge Verbindung und Beratung mit den Organen der christlichen Gewerkschaften notwendig. Auf alle Fälle sollte die Tagespresse in solchen kritischen Zeiten ihren Raum wenigstens für orientierende Aufsätze an Verantwortung der Empfänger hin öffnen. Es kann jedoch erwartet werden, daß die uns betreffende Presse einmütig alle jene Maßnahmen beurteilt und bekämpft, die darauf hinausgehen, das Recht der Organisation der Arbeiter zu hintertreiben.

4. Bei Einsetzung von Notizen über Mißstände in den Betrieben oder unwürdige Behandlung der Arbeiter auf den Arbeitsstätten ist erste Voraussetzung, daß die Empfänger die volle Garantie für die Wahrheit der Angaben übernehmen. In Form und Maß soll hier jede Verleumdung des anderen Teils oder geistliche Kritik unterbleiben. Die Veröffentlichung von Mißständen wird am besten durch Sachlichkeit und wahrhaftige Darstellung.

5. Dringend notwendig erscheint ferner laufende Berichterstattung über die lokalen Vorkommnisse in der christlichen Arbeiterbewegung, besonders der Versammlungen, Wahlbewegung bei Gewerkegerichts-, Krankentafelwahlen usw. Wenn nötig, sollte die Tagespresse auch Raum zur Verfügung stellen für die Polemik der christlichen Arbeiterbewegung, besonders gegen die Sozialdemokratie. Solche Polemik ist jedoch nur dann wirksam, wenn sie aus besonderen Anlässen geschieht. Eine kleinliche Bewegung schadet unter Umständen der Sache mehr als sie nützt.

6. Zur Durchführung der hier genannten Grundsätze ist notwendig eine ständige Verbindung der Gewerkschaftsfunktionäre mit der Tagespresse. Die

Gewerkschaftsfunktionäre müssen bei ihren Anforderungen an die Tagespresse die lokalen Schwierigkeiten und Umstände in Rücksicht ziehen. Wie alle Berichte an die Presse unbedingt wahr und beweisbar sein müssen, so muß die Form und Art der Darstellung dem Charakter der Tagespresse angepaßt sein.

7. Die christlichen Arbeiter ihrerseits erkennen es als ihre dringende Pflicht an, die sie unterstühende Tagespresse nach Kräften zu fördern und überall energisch für sie einzutreten. Das kann geschehen durch Gewinnung neuer Abonnenten, Zusendung von Inseraten und Druckaufträgen und eifrige Mitarbeit und durch Verzung auf die Zeitung bei Einkäufen.

**Unehrliche Gegner** haben die christlichen Gewerkschaften in den Fachabteilungen von „Sich Berlin“. Mit reinen, sachlichen Mitteln haben sie nur selten gekämpft. Duzende Male haben sie die Wahrheit mit Füßen getreten, um den christlichen Gewerkschaften Hindernisse zu bereiten. Auch bezüglich Entscheidung des unglückseligen Bruderkrieges versuchten die „Berliner“ oft genug, die Öffentlichkeit irre zu führen. Es ist daher zu begrüßen, daß die vor kurzem von einigen führenden Katholiken der christlichen Gewerkschaften herausgegebene Flugschrift zeigt, in welcher geradezu freivoller Weise Leute, die bis dahin für die Arbeiter noch keinen Finger gerührt hatten, den Streit vom Baune gebrochen haben.

Die Schrift weist auf die Tatsache hin, daß in den Jahren von 1894—1900 in fast allen Berufsgruppen christliche Gewerkschaftsorganisationen entstanden mit Unterstützung und Unterführung führendes Katholiken und katholischer Organisationen.

Die zahlreichen, schon Jahrzehnte bestehenden katholischen Arbeitervereine der hochindustriellen Kölner Erzdiözese traten nach reiflicher Prüfung der Frage für die Idee der christlichen Gewerkschaften ein. Die Katholiken sammelten zu Dortmund 1896, zu Krefeld 1898 empfangen den katholischen Arbeiter den Beitritt, der Augustinusverein (Organisation der katholischen Presse) entschied sich seinerseits ebenfalls für die Verantwortung dieser neuen Organisationsform. Genossenschaften sich die bedeutendsten katholischen Sozialpolitiker mit allem Nachdruck für die christlichen Gewerkschaften aus. Selbst Herr Vize, gegenwärtig Generalsekretär von „Sich Berlin“, schrieb noch im Jahre 1900 in einem Buche: „Christliche Caritas in Berlin“ (Berlin 1900, Verlag der Germania, Seite 146 f.):

„Es hat sich aber neben der sozialdemokratischen eine christliche Gewerkschaftsbewegung Bahn gebrochen. Ueberaus rasch hat dieselbe Boden gefaßt und weite Ausdehnung gewonnen; eine große Zukunft ist derselben sicher. Ganz besonders sei hier darauf hingewiesen, daß die christliche Gewerkschaftsbewegung zum Unterschied von der sozialdemokratischen vollständig unabhängig von fremder Leitung ist; nur Arbeiter leiten und fördern hundert Tage dieselbe; jede politische sowie auch jede konfessionelle Färbung ist ausgeschlossen...“

Die christlichen Gewerkschaften waren also da, und zwar mit demselben Programm, auf dem sie auch heute noch stehen. Sie entfalteten auch damals schon die gleiche Tätigkeit im Interesse der Arbeiter. Große Streiks wurden geführt (Biesberg, Samtweberreit in Krefeld usw.). Die christlichen Gewerkschaften erfreuten sich bei diesen Aktionen der Sympathie der öffentlichen Meinung, der Unterstützung der Arbeitervereine und zahlreicher Privaten.“

Da schickte ganz unerwartet ein Professor v. Savigny, ein in der Arbeiterbewegung bis dahin total unbekannter Mann, der sich auch auf nichts berufen konnte, um seine Qualifikation als Arbeiterfreund und Interpret päpstlicher Schreiben zu rechtfertigen, aus dem Hinterhalt seine vergifteten Pfeile gegen die christlichen Gewerkschaften. Nachdem sich die christlichen Gewerkschaften unter Anerkennung hoher kirchlicher Autoritäten entfalteten hatten, zehn Jahre nach dem Erscheinen der Enzyklika rerum novarum, entdeckte dieser Mann, daß die christlichen Gewerkschaften mit dieser Enzyklika in Widerspruch ständen und ihre Tätigkeit im höchsten Grade unfruchtbar und unchristlich sei. So, ohne auch nur den Schein für einen berechtigten Anlaß zu haben, ohne daß sich die christlichen Gewerkschaften irgendwie und irgendwo an ihrem christlichen Programm und ihren Grundfragen vergebten hätten, wurde die Zwietsracht unter die katholischen Arbeiterkraft gefaßt.

So entfiel der Kampf, der unzweifelhaft die allertraurigste Erscheinung in dem katholischen Volksleben unserer Tage ist. Er wurde scharfer von Jahr zu Jahr, weil er von den Zwietschächern mit immer häßlicheren Waffen geführt wurde.

#### Aus gegnerischen Organisationen.

**„Berliner“ Treubruch im Bauarbeiterkampfe.** In dem jetzigen Kampfe im Baugewerbe waren auch die braven Fachabteilungsleiter „Berliner“ Richtung von den Unternehmern auf die Straße geworfen worden. Darob heulte die „Arbeiter“ ganz jämmerlich und versicherte den Unternehmern zehn- und zwanzigmal die Unschuld und Willfährigkeit seiner Leute. Er hat Gnade und Erhöhung gefunden bei einigen Unternehmern. Wir lesen nämlich in der Tagespresse aus Trier folgendes: Der Kampf in der Bauindustrie ist nicht, wie gemeinet wurde, beendet, sondern es handelt sich um einen hinterlistigen Treubruch der katholischen Fachabteilungen, die hinter dem Rücken der anderen Organisationen mit den Bauunternehmern einen neuen Vertrag abgeschlossen haben, der die Arbeitsbedingungen auf der ganzen Linie verschlechtert und wonach eine Lohnsteigerung in diesem Jahre nicht stattfindet. Sämtliche anderen Organisationen der freien und der christlichen Gewerkschaften nahmen in einer zahlreich besuchten Versammlung eine Resolution an, worin aufs schärfste protestiert wird gegen das arbeiterverräterische Treiben der katholischen Fachabteilungsleiter.

**Ein Gegenstück zu Babilon-Rheinfelden.** In Erinnerung ist noch die maßlose Heße, die seitens der Sozialdemokratie anlässlich des Kampfes in Babilon-Rheinfelden gegen den Bezirksleiter des christlichen Metallarbeiterverbandes, Engel, betrieben wurde, weil dieser angebliche Zugehörnisse der Firma veröffentlicht und als Erfolg der Bewegung gepriesen haben soll, die gar nicht gemacht worden seien. Engel sei ein Lügner, Schwindler und Gott weiß was noch mehr.

Die Sache hat jetzt ein Gegenstück bekommen. Nicht in Rheinfelden, sondern in Rheinhausen. Diesmal heißt der „Lügenpeter“ nicht Engel, son-

